

## 6. Wahlperiode – 51. Sitzung

### Tagesordnungspunkt 3

Kosten der Energiewende fair verteilen – Übertragungsnetzentgelte bundesweit vereinheitlichen

Drucksache 6/8566, Prioritätenantrag der Fraktionen CDU und SPD

16. März 2017

---

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen!

Wir haben uns ja schon in der letzten Sitzung des Sächsischen Landtages mit den Themen Netzentgelte und bundeseinheitliche Wälzung von Netzentgelten intensiv beschäftigt.

(Rico Gebhardt, DIE LINKE: Auf Antrag der LINKEN!)

– Auf Antrag der LINKEN. Sehr richtig, Herr Kollege. Seitdem hat sich einiges getan.

(Rico Gebhardt, DIE LINKE: Ja, die Welt verändert sich!)

Wir, die in diese Verhandlungen auf Bundesebene eingebunden waren, die auch vor Ort geworben haben – gerade in Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und BadenWürttemberg –, sind noch nicht ganz zufrieden. Ich sage aber an dieser Stelle ganz deutlich, dass wir auf einem sehr, sehr guten Weg sind. Warum tun wir das? Warum beschäftigen wir uns intensiv mit dem Thema Netzentgelte? – Weil es um niedrige Strompreise geht. Das ist sicherlich kein Thema, das uns als Abgeordnete im privaten Bereich betrifft, aber uns geht es um niedrige Strompreise für Verbraucherinnen und Verbraucher, für Leute mit kleinem und niedrigem Einkommen. Uns geht es um niedrige Energiekosten für den Mittelstand, das Handwerk und hier für kleine und selbstständige Unternehmen, da diese im Moment besonders stark unter diesen hohen Strompreisen – ich will auf der einen Seite sagen – leiden und – auf der anderen Seite – sicherlich auch betroffen sind.

Mit dieser Debatte, mit niedrigen Strompreisen wollen wir zukünftig dafür sorgen, dass wir für die vielen Dinge, die wir mit den Themen erneuerbare Energien, Energiewende vorhaben, möglichst viele Befürworter organisieren. Wir wollen natürlich auch ein Zeichen dafür setzen, dass es uns in erster Linie um niedrige Strompreise geht. DIE LINKE hat in der letzten Plenarsitzung das Thema auf die Tagesordnung gesetzt: jahrelange Benachteiligung Ostdeutschlands. Aber, werte Kolleginnen und Kollegen der Fraktion DIE LINKE, es ist aus unserer Sicht eben nicht nur ein ostdeutsches Problem. Vor dem Hintergrund, dass zwölf Bundesländer von diesen hohen Netzentgelten betroffen sind und nur vier Bundesländer von niedrigeren Netzentgelten profitieren, ist es ein gesamtgesellschaftliches und nicht nur ein ostdeutsches Problem. Insoweit haben wir die Debatte ganz bewusst nicht „Benachteiligung Ostdeutschlands“ genannt, sondern

es geht uns – und so auch unsere Formulierung – darum, die Kosten der Energiewende fair zu verteilen. Auch das gilt es, hier noch einmal klar und deutlich herauszustellen: Immerhin hat der Druck des Energieministers Martin Dulig und der Druck des Ministerpräsidenten Wirkung gezeigt. Es gibt eine gemeinsame Bundesratsinitiative, und es gibt eine gemeinsame Haltung der Länder, hier weiter voranzuschreiten. Wir bewegen uns also in die richtige Richtung.

Kollege Rohwer hat es angedeutet mit dem Thema gemeinsame Bundesratsinitiative von Sachsen und Sachsen-Anhalt. Hier haben die Bundesländer zugestimmt. Auch das bitte ich zur Kenntnis zu nehmen: Der Passus, der aus dem Netzentgeltmodernisierungsgesetz herausgestrichen worden ist und um den wir uns in der letzten Plenardebatte noch gestritten hatten, ist mittlerweile wieder drin. Insoweit zeigt Druck aus den Ländern beim Thema Energiepolitik Wirkung, auch auf Bundesebene. Für eine Vereinheitlichung von Netzentgelten – es ist mir an dieser Stelle noch einmal wichtig, darauf einzugehen – gibt es aus sächsischer Sicht drei Gründe. Der erste Grund ist: Wir haben nach der friedlichen Revolution 1989 die marode Infrastruktur, das marode Stromnetz der ehemaligen DDR, in einem relativ kurzen Zeitraum modernisieren müssen. Das führt zu hohen Abschreibungen, und diese hohen Abschreibungen führen letztendlich zu dem Kostendruck in unserem Netzgebiet bei 50Hertz. Zweitens haben wir eine ungünstige Verbraucherstruktur. Man kann es herunterbrechen: Wir haben für ein gut ausgebautes, modernes Stromnetz mittlerweile zu wenige Verbraucher. Diese Nutzungsstrukturen zwischen Netzen und Verbrauchern ist in Sachsen sehr, sehr ungünstig. Wir bräuchten also am Ende des Tages mehr Verbraucher, mehr Industrie. Letztendlich versuchen wir, das durch Wirtschaftsförderung und Impulse hinzubekommen.

Im Gegensatz zu anderen Netzentgeltregionen haben wir die Situation, dass in Sachsen die Bevölkerungszahl künftig weiter sinken soll. Viele von uns hoffen, dass es dabei noch einen kleinen Umschwung geben wird, wir an der einen oder anderen Stelle mit der Bevölkerungszahl zulegen können und die Bevölkerungszahl in Sachsen nicht weiter sinken wird. Aber die Demografie in Sachsen spricht eine eindeutige Sprache. Auch hier wird es zukünftig beim Thema Netze einen zusätzlichen Kostendruck geben. Der dritte Grund ist eigentlich erfreulich: In unserer Regelzone von 50Hertz gibt es vermehrt den Ausbau erneuerbarer Energien. Das ist nicht nur der Wind, sondern das ist auch die Fotovoltaik und das Biogas. Hier haben wir – auch das, Kollege Lippold, ist immer wichtig – in die einzelnen Regionen geschaut. In Sachsen gibt es einzelne Regionen, die schon weit über 100 % erneuerbare Energien haben, zum Beispiel der Leipziger Raum. Hier haben wir einfach die Realität zur Kenntnis zu nehmen, dass es durch den hohen Ausbau, gerade in der Region Leipzig, Netzgebiete gibt, die hohe Anschlusskosten und einen zusätzlichen Kostendruck auf die Netze verursachen. Wir als Koalition sagen deshalb: So kann es nicht weitergehen. Es kann nicht sein, dass die Energiewende nur von wenigen getragen wird und dass es eine Unwucht zwischen den Bundesländern gibt, die sich ganz konkret auf die Kostenstruktur der Energiepreise herunterbrechen lässt. Das wird natürlich mit hohen Stromkosten zum Ausdruck gebracht. Im Gegenteil sagen wir: Die Nutzerinnen und Nutzer, die Stromkunden müssen langfristig entlastet werden. Unsere Haltung ist ganz klar: Die Energiewende, auch die Netze, sind eine

gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Ich kann erkennen, dass es hier im Hohen Haus eine Zustimmung gibt, hierfür etwas tun zu müssen. Wir bitten um breite Zustimmung zu unserem Antrag, um aus Sachsen zukünftig die Botschaft an die Bundesebene zu senden: Die Energiewende muss fair verteilt werden. Deshalb bitte ich nochmals um breite Zustimmung des Hohen Hauses zu unserem Antrag. Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD, der CDU und des Staatsministers Martin Dulig)